Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 230. Mittag-Ausgabe. Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Mittwoch, den 20. Mai 1863.**

Telegraphische Nachrichten.

Lemberg, 19. Mai. Nach der „Gazeta Narodowa" ist der Aufstand auch in Kleinrußland jenseits des Dniepr ausgebrochen, woselbst kein Militär stehe. Die Führer der Insurgenten in Volhynien heißen Dunin, Krajewski, Lozinski, Wisniowski.

London, 19. Mai. Die indische Post hat Nachrichten aus Shanghai vom 9. v. M. gebracht. Peking ist ruhig; die Insurgenten sind aus der Gegend von Tien-tsin vertrieben; nach Foo-schan sind Verstärkungen geschickt. In Saigon und Japan alles ruhig.

Preußen.

Berlin, 19. Mai. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Gouvernements-Auditeur a. D., Justizrath Becker zu Königsberg i. Pr., den rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Haupt-Zollamts-Rendanten, Rechnungs-Rath Brauer zu Wassenberg im Kreise Heinsberg, den rothen Adlerorden vierter Klasse und dem Nachtwächter Johann Friedrich Gutte zu Berlin das allgemeine Ehrenzeichen; ferner den Delikatessen-Waarenhändlern Carnet und Saussier zu Paris das Prädicat als königliche Hoflieferanten zu verleihen.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: dem Hofpianisten Hans von Bülow die Erlaubniß zur Anlegung der von des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin königl. Hoheit ihm verliehenen goldenen Verdienst-Medaille zu ertheilen.

Das den Fabrikanten J. M. Ottenheimer, Albert Ottenheimer und Adolph Ottenheimer in Stuttgart unter dem 24. Dezember 1861 ertheilte Einführungspatent auf eine für neu und eigenthümlich erkannte Ausführung des Zeugbaumes für Webestühle zur Corsetweberei, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, ist aufgehoben worden. (St.-Anz.)

[Militär-Wochenblatt.] Berger, Hptm. von der zweiten Ing.-Inspection, unter Versetzung zur 3. Ing.-Inspection, zum Comp.-Commdr. im Magdeb. Pionnier-Bat. Nr. 4 ernannt. v. Hänlein, Rittm. v. Magdeb. Drag.-Regt. Nr. 6, unter Belassung in seinem Commando als Adjutant der 5. Division, zum 2. Schles. Drag.-Regt. Nr. 8 versetzt. v. Busse, Major und Esc.-Chef im 2. Garde-Ulanen-Regt., als etatsm. Stabsoff. in das Schlesischen Kür.-Regiment Nr. 1 (Prinz Friedrich von Preußen) versetzt. Höckner, Major und Batterie-Chef von der Brandenburger Artillerie-Brigade Nr. 3, zum Artillerie-Offizier vom Platz in Magdeburg ernannt. Henning, Müller, Bar. v. Reitzenstein, Seiffert, Kanoniere von der Schles. Artill.-Brig. Nr. 6, zu Port.-Fähnr. befördert. v. Schack, Rittmstr. u. Esc.-Chef vom 2. Garde-Ulan.-Regt., v. Auerswald, Rittmstr. u. Esc.-Chef vom 1. Garde-Drag.-Regt., zu Majors mit Beibehalt der Esc. befördert. Eichstädt, Oberst u. Inspecteur der 2. Pionnier-Insp., als Gen.-Maj. mit Pens. der Abschied bewilligt. Heinlé, Maj. u. Platz-Ing. von Minden, mit der Ing.-Unif., Aussicht auf Civilversorgung u. Pension der Abschied bewilligt. Thilo, Hauptm. a. D., zuletzt Pr.-Lt. im 29. Inf.-Regt., jetzigem 3. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 29, zum Vorstand der Handwerksstätte der Niederschles. Art.-Brig. Nr. 5 ernannt. Schülein, Ob.-Lt. v. d. Magd. Art.-Brig. Nr. 4, als Oberst mit der Unif. dieser Brig., u. Pens., Kutzsch, Hptm. u. Batterie-Chef von der Niederschles. Artill.-Brig. Nr. 5, als Major mit der Unif. dieser Brig., Aussicht auf Civilversorgung und Pension der Abschied bewilligt. Dr. Weber, Unterarzt, vom 2. Garde-Ulanen-Regt. zum 4. Oberschles. Inf.-Regt. Nr. 63 versetzt. Dr. Stern, Assistenz-Arzt von der Schles. Art.-Brig. Nr. 6, entlassen. Dr. Fräntzel, Assistenzarzt vom Westfälischen Füsilier-Regiment Nr. 37 zum 3. Niederschlesischen Infanterie-Regiment Nr. 50 versetzt. Dr. Schaffraneck, Assistenzarzt vom 1. Bat. 1. Oberschles. Regts. Nr. 22, entlassen. Winkler, Assistenzarzt der Schles. Artill.-Brig. Nr. 6, gestorben. Hagemann, Wachtmeister und Zahlmeister-Aspirant vom Westpreuß. Kür.-Regt. Nr. 5, zum Secretariats-Assistenten bei der Intendantur des 5. Armee-Corps ernannt.

Pl. **Berlin,** 19. Mai. [Die Adresse.] Die Kammercorrespondenz berichtet Ihnen über die Vorgänge der Adreßcommission des Abgeordnetenhauses; ich beeile mich, Ihnen mit folgendem eben ausgegebenen Schriftstück, welches den Mitgliedern des Hauses zugeht, den Wortlaut der Adresse zu senden:

„Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König!
Allergnädigster König und Herr!

I. Im Beginn der gegenwärtigen Session hat das Haus der Abgeordneten, eine schwere Pflicht gegen Krone und Land erfüllend, Ew. königlichen Majestät seine Auffassung von der Lage des Landes offen und ehrfurchtsvoll dargelegt. Angesichts dieser Lage sah es sich zu der feierlichen Erklärung genöthigt, daß der innere Friede und die Kraft nach außen dem Lande nur durch die Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen wiedergegeben werden könne.

II. Es sind seitdem mehr als drei Monate vergangen, ohne daß die Verfassungsverletzung beseitigt, ohne daß eine Bürgschaft dafür gewonnen wäre, daß dieselbe sich nicht wiederholen werde. Die Minister Euer Majestät fahren vielmehr fort, verfassungswidrige Grundsätze offen auszusprechen und zu bethätigen.

Nicht genug damit, haben sie ihre Mitwirkung dazu verweigert, das in der Verfassung verheißene Ausführungsgesetz über die Verantwortlichkeit der Minister mit der Landesvertretung zu vereinbaren; ja sie haben keinen Anstand genommen, vor versammeltem Hause zu erklären, daß sie ihre Verantwortlichkeit dem Spruche des von der Verfassung dazu berufenen Gerichtshofes nicht unterwerfen können.

Endlich haben sie sich unter dem nichtigsten Vorwande den Verhandlungen im Hause entzogen und entgegen der klarsten Bestimmung der Verfassung, welche jedem der beiden Häuser das Recht zuspricht, die Gegenwart der Minister zu verlangen, ihr Erscheinen im Hause von einer Bedingung abhängig gemacht, welche nur darauf berechnet ist, einen neuen Streitpunkt über unser Verfassungsrecht aufzustellen.

III. Dem innern Zerwürfniß hat sich stets wachsend die äußere Gefahr zugesellt. Unter Ew. Majestät Regierung war Preußens äußere Lage günstiger geworden, als seit langer Zeit. Die Hoffnung auf Wiederherstellung der Macht und Einheit Deutschlands hatte sich von neuem belebt. An die Stelle der Sondergelüste und des Mißtrauens zwischen den einzelnen deutschen Stämmen begann ein frischer Geist des Zusammenwirkens nach dem Einen großen nationalen Ziele zu treten. Unser erhabenes Königshaus schien berufen, die höchsten Aufgaben der Nation zu verwirklichen.

Die gegenwärtigen Minister Ew. Majestät haben diese Erwartungen vereitelt. Durch ihre Politik nach außen, durch ihr verfassungswidriges Verfahren im Innern haben sie das Vertrauen der Völker und der Regierungen verscherzt. Sie selbst haben im Hause der Abgeordneten aussprechen müssen, daß Preußen Feinde ringsum hat, daß ihm ringsum kriegerische Verwickelungen drohen. Preußen steht fast allein in Deutschland, ja in Europa.

Das Haus der Abgeordneten hat seine Stimme zu wiederholtenmalen erhoben, um die Minister Ew. Majestät aufzuhalten auf den gefährlichen Wegen, welche sie in der auswärtigen Politik betreten haben. Sein Rath ist zurückgewiesen worden. Die Minister haben erklärt, sie würden, wenn sie es für nöthig hielten, Krieg führen mit oder ohne Gutheißen der Landesvertretung.

IV. Inzwischen hat das Haus der Abgeordneten pflichtmäßig diejenigen Verhandlungen fortgesetzt, welche dem Lande seine volksthümliche Wehrverfassung erhalten, dem Heere die gesetzliche Grundlage sichern, die Ordnung des Staatshaushalts herstellen, dem Lande sein verfassungsmäßiges Recht und seinen inneren Frieden wiedergeben konnten und sollten. Nur das Bewußtsein, daß es sich um die höchsten Güter der Krone und des Landes handele, vermochte den Abgeordneten die Selbstverleugnung zu geben, mit welcher diese Verhandlungen geführt sind.

Durch die neue Deutung des Art. 60 der Verfassung, durch das Abbrechen der persönlichen Verhandlungen mit dem Hause, haben sich die Minister selbst der letzten Möglichkeit einer Verständigung entzogen. Sie haben den letzten Zweck der Session vereitelt.

Allerdurchlauchtigster 2c.

V. Das Haus der Abgeordneten naht dem Throne in einem Augenblick, in welchem, wie es hofft, die Würfel der Entscheidung noch nicht gefallen sind. Es erfüllt noch einmal seine Gewissenspflicht, indem es vor Ew. Majestät in tiefster Ehrfurcht erklärt: Das Haus der Abgeordneten hat keine Mittel der Verständigung mehr mit diesem Ministerium; es lehnt seine Mitwirkung zu der gegenwärtigen Politik der Regierung ab. Im Innern und nach außen, in Form und Sache besteht zwischen den Rathgebern der Krone und dem Lande eine Kluft, welche nach unserer festen Ueberzeugung nur durch einen Wechsel der Personen und mehr noch durch einen Wechsel des Systems ausgefüllt werden wird.

VI. Königliche Majestät! Das Land verlangt vor Allem Achtung vor seinem verfassungsmäßigen Recht.

Möge die ehrfurchtsvolle Bitte der Abgeordneten bei Ew. Majestät Gehör finden.

Möge Ew. Majestät so, wie in den ruhmreichsten Tagen unserer Vergangenheit, den Glanz des königlichen Hauses, die Macht und Sicherheit der Regierung in dem gegenseitigen Bande des Vertrauens und der Treue zwischen Fürst und Volk suchen und finden.

Nur in dieser Einigkeit sind wir stark. Getrost können wir dann — aber auch nur dann — einem jeden Angriffe entgegensehen, er komme, woher er wolle.

In tiefster Ehrfurcht verharren wir
Ew. königlichen Majestät
Allerunterthänigste treugehorsamste
Das Haus der Abgeordneten.

In Abgeordnetenkreisen glaubt man, daß der Schluß des Landtages bereits morgen (Mittwoch) erfolgen werde, um der Adreßdebatte vorzubeugen. Kommt es jedoch zu einer solchen, so ist man gewillt, außer dem Berichterstatter nur für jede Gruppe der Minorität einen Redner sprechen zu lassen. Gegen die Adresse sind: die Feudalen, die Ultramontanen und die Altliberalen; einige Mitglieder der Fortschrittspartei schwanken, werden aber wohl mit der Majorität stimmen.

[Der telegr. gemeldete Artikel der „Kreuzztg."] lautet wörtlich, wie folgt: „Der gestrige schroffe und rücksichtslose Beschluß des Abgeordnetenhauses, dem Ministerium jede weitere Erklärung über die Auffassung der gegenseitigen Stellung des Hauses und der Minister zu versagen, ist zwar zunächst ein neues Symptom der übergreifenden Tendenzen der jetzigen Landesvertretung, scheint aber dennoch die Stellung der Regierung für den weiteren Verlauf der Session zu vereinfachen. Zunächst wird das Ausbleiben der Minister von den Sitzungen vollends gerechtfertigt, nachdem das Haus jede Verständigung über die Modalitäten und über die gegenseitigen Beziehungen der dabei in Betracht kommenden Rechte und Pflichten kurzweg verweigert hat. Weiter aber ist es zur Klärung der Situation, welche durch den jüngsten Zwischenfall vielleicht einigermaßen verdunkelt war, von größter Bedeutung, daß das Haus einerseits die Militärfrage von seinen Berathungen abgesetzt, andererseits eine neue Adresse zum Gegenstande der Verhandlungen gemacht hat. Durch die Beseitigung der Militärfrage wird es noch klarer, als zuvor, daß das Haus seiner eigenen Aufgabe und Pflicht zu genügen nicht willens ist, und daß es daher nicht Schuld der Regierung sein wird, wenn das Militärgesetz und der damit zusammenhängende Militäretat wieder nicht zu Stande kommen. Die Adresse dagegen, mag sie nun im Virchowschen oder Gneistschen Geiste zu Stande kommen, wird unzweifelhaft nur eine neue Kundgebung der agitatorischen Tendenzen des Hauses sein. Wir haben uns schon vor einiger Zeit dahin ausgesprochen, daß mit der Adresse die Frage der Schließung des Landtages in den Vordergrund treten müsse. Wie die Dinge sich inzwischen entwickelt haben, kann es freilich zweifelhaft sein, ob die Regierung nicht wohl daran thun möchte, der jetzigen neuen Situation zur Aufklärung des Landes noch ihren kurzen Verlauf zu lassen."

Die Stelle der „Nordd. A. Z.", welche ebenfalls telegraphirt wurde, lautet: „Vielleicht wird die königliche Antwort dem Hause in ernsten Worten „anempfehlen", seine Arbeiten wieder aufzunehmen, zunächst aber der Regierung die verweigerte Auskunft über die erbetene Erklärung zu geben: in welcher Weise das Abgeordnetenhaus ein für allemal sich zu den Ministern des Souveräns in Preußen zu stellen gedenkt, denn dies sei eine Frage, die nicht nur die Situation des Augenblicks betrifft, nicht nur den gegenwärtigen Träger der Krone, sondern auch die Zukunft, auch den Erben dieser Krone, den Thronfolger.

Wir glauben sogar, daß eine solche Aufforderung der Krone an das Abgeordnetenhaus eine durchaus natürliche Consequenz der Worte ist, welche die königliche Antwort vom 3. Februar enthielt, der Worte:

„Es ist Meine landesherrliche Pflicht, die auf Mich vererbten und verfassungsmäßigen Machtbefugnisse der Krone ungeschmälert zu bewahren, weil Ich darin eine nothwendige Bedingung für die Erhaltung des innern Friedens, für die Wohlfahrt des Landes und für das Ansehen Preußens in seiner europäischen Stellung erkenne."

Wird denn aber nach einer solchen oder ähnlichen Antwort der Krone die Fortschrittspartei im Abgeordnetenhause sich den darin ausgesprochenen Ansichten fügen? Oder wird sie sich endlich in offenen Widerspruch mit der Krone setzen, ihre Arbeiten nicht wieder aufnehmen, die von der Krone geforderte Antwort an das Kabinet nicht ertheilen?" (Für so neugierig haben wir die „Nordd. Allg. Ztg." kaum gehalten. Nur noch ein wenig Geduld — und das Abgeordnetenhaus wird der „Nordd. Allg. Ztg." ganz bestimmt sagen, was es thun wird.)

Berlin, 18. Mai. [Gerücht über Octroyirungen.] Der „K. Z." wird geschrieben: „Der Schluß der Session in dieser Woche gilt für wahrscheinlich, und es sollen sich daran nach einigen Tagen weitere Maßregeln und Verfügungen knüpfen. Seit geraumer Zeit war in der Presse dem Ministerium die Absicht einer Octroyirung, namentlich in Bezug auf das Wahlverfahren, zugeschrieben worden. Es muß sich nun bald zeigen, ob es wahr ist, daß man besonders gegen die Beamten vorgehen will, indem ihre Wählbarkeit zum mindesten dadurch beschränkt würde, daß sie die Stellvertretungskosten ganz oder theilweise bezahlen, auch der Urlaub von der Einwilligung der Regierung in irgend einer Form abhängig gemacht würde. Bei Gelegenheit des Gesetzentwurfes über die Stellvertretungskosten, welchen das Abgeordnetenhaus abgelehnt hat, gab der Justizminister schon zu verstehen, daß die Regierung auf dem Wege der Verwaltung vorgehen dürfte. Daran mögen sich jene noch weiter gehenden Gerüchte angeknüpft haben. Wenn es sich um Maßregelungen handelt, kann die Presse nicht wohl vergessen werden. Feudale Blätter und Correspondenzen haben die Presse in der letzteren Zeit oft genug bedroht. Nicht zu verwundern ist daher, wenn eine lebhafte Octroyirungs-Phantasie, deren Einbildungen aber vielleicht nicht ganz zu unterschätzen sind, auch die Verwarnungen der Zeitungen wieder hergestellt sieht. Das Gesetz vom Dezember 1860 hat zwar die administrative Concessions-Entziehung beseitigt. Es müßte also ein neues administratives Strafverfahren erst wieder geschaffen werden, wegen dessen die Verwarnungen nach franz. Muster erfolgen könnten. Wenn die Gerüchte das Alles heute in Aussicht stellen, so kann man sich darauf verlassen, daß morgen auch das Versammlungsrecht nicht unangetastet bleiben wird, schon damit die Ovationen für die Abgeordneten bei ihrer Heimkehr aufhören, und auch mit Rücksicht auf die künftige etwa wünschenswerthe Beschränkung der Wahlfreiheit. Von der Verfassung soll übrigens, wie man sich denken kann, gar nicht abgewichen werden. Dafür ist der Artikel 63 da, der freilich Octroyirungen nur gestattet für die Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit oder die Beseitigung eines ungewöhnlichen dringenden Nothstandes, und nur in so fern die Kammern nicht versammelt sind, und wenn die Verordnungen der Verfassung nicht zuwiderlaufen. In der gegenwärtigen Sachlage wäre allerdings von dem allen so gut wie nichts vorhanden. Müßten doch selbst die Kammern erst geschlossen und fortgeschickt werden, damit sie behufs der Octroyirung nicht mehr versammelt seien. Da diese Gerüchte in der Presse und außerhalb derselben stets wiederkehren, besonders heute stark verbreitet sind, kann man sie nicht unerwähnt lassen. Man wird die Bestätigung abwarten wollen. Von der Nachgiebigkeit der Minister ist aber nicht die Rede. Zum Schlusse sei noch erwähnt, daß in Abgeordneten-Kreisen von Demissions-Anerbietungen einzelner Minister gesprochen wird, namentlich des Finanz-Ministers, der auf die Berathung des Budgets dringe. Diese letzteren Angaben scheinen mir aber in jeder Beziehung vorerst problematisch, und erwähne ich sie nur der Vollständigkeit wegen."

K. C. **Berlin,** 19. Mai. [Die Adreßcommission des Hauses der Abgeordneten] hat gestern Abend in einer sechsstündigen Sitzung ihre Hauptarbeit vollendet und heute die schließliche Redaction des Adreßentwurfs festgestellt. Das Staatsministerium war sowohl gestern wie heute von der Sitzung benachrichtigt, hat aber nicht einmal geantwortet. Die Verhandlungen sind also lediglich zwischen Mitgliedern des Hauses geführt und haben jetzt wirklich den Charakter vertraulicher Besprechungen, der bisher für sie mit vollständiger Verkennung alles parlamentarischen Lebens in Anspruch genommen wurde; denn wenn z. B. eine Erklärung des Kriegsministers über zweijährige Dienstzeit und ähnliche Cardinalpunkte eines seit Jahren das ganze Land aufwühlenden Streites eine vertrauliche Mittheilung sein soll, bei der Verheimlichung statt raschester Verbreitung geboten wäre, so hätte alles öffentliche Leben und aller Parlamentarismus ein Ende.

Im vorliegenden Falle beschränken wir uns darauf, die Resultate mitzutheilen. Die Vorfrage, ob überhaupt eine Adresse zu erlassen sei, ist von der Commission mit 17 gegen 5 Stimmen bejaht; in der Minorität waren die Abg. v. Diederichs, Lette, Röpell (Danzig), Rohden und Graf Schwerin. Bei der Berathung des Adreßentwurfs selbst ist der Virchow'sche Entwurf zu Grunde gelegt. Die drei ersten Alinea's desselben sind fast unverändert angenommen, und hinter Nr. III. ist folgender Zusatz angenommen: „Endlich haben sie sich unter dem nichtigsten Vorwande den Verhandlungen im Hause entzogen, und, entgegen der klarsten Bestimmung der Verfassung, welche jedem der beiden Häuser das Recht zuspricht, die Gegenwart der Minister zu verlangen, ihr Erscheinen im Hause von einer Bedingung abhängig gemacht, welche nur darauf berechnet ist, einen neuen Streitpunkt über unser Verfassungsrecht aufzustellen." — Die auf die äußeren Gefahren bezüglichen Abschnitte des Virchow'schen Entwurfs wurden verkürzt und vereinfacht. — Zu den letzten Abschnitten kamen folgende Amendements des Abg. Gneist zur Diskussion:

„Königliche Majestät! Während die Gefahren nach außen und innen täglich wachsen, hat das Haus der Abgeordneten pflichtgetreu diejenigen Verhandlungen fortgesetzt, welche dem Lande seine volksthümliche Wehrverfassung erhalten, dem Heere eine gesetzliche Grundlage sichern, die Ordnung des Staatshaushalts herstellen, dem Lande sein verfassungsmäßiges Recht und seinen inneren Frieden wiedergeben konnten und sollten. Nur das Bewußtsein, daß es sich um die höchsten Güter der Krone und des Landes handelt, vermochte den Abgeordneten die Selbstverleugnung zu geben, mit welcher diese Verhandlungen geführt sind."

„Mit einer neuen Deutung des Art. 60 der Verfassung haben sich die Minister der Krone selbst dieser letzten Möglichkeit einer Verständigung entzogen, die persönliche Verhandlung mit dem Hause abgebrochen, den letzten Zweck, die letzte Hoffnung der Session vereitelt."

„Allerdurchlauchtigster 2c.! Das Haus der Abgeordneten naht dem Throne in einem Augenblick, in welchem, wie es hofft, die Würfel der Entscheidung noch nicht gefallen sind. Es erfüllt noch einmal seine Gewissenspflicht, indem es vor Ew. Majestät in tiefster Ehrfurcht erklärt: Das Haus der Abgeordneten hat kein Mittel der Verständigung mehr mit diesem Ministerium. Im innern und nach außen, in Form und Sache besteht eine Kluft zwischen diesen Rathgebern der Krone und dem Lande, welche nach unserer festen Ueberzeugung nur durch einen Wechsel der Personen, und mehr noch durch einen Wechsel des Systems ausgefüllt werden wird.

„Möge die ehrfurchtsvolle Bitte der Abgeordneten des Landes vor Ew. Maj. Gehör finden. Möge es unserer Stimme gelingen, das schwerste Unheil abzuwenden, welches Land und Herrscherhaus treffen könnte — einen Krieg unter der Herrschaft des gegenwärtigen Regierungssystems. Möge Ew. Maj., sowie in den ruhmreichsten Tagen unserer Vergangenheit, den Glanz des kgl. Hauses, sein stetiges Wachsthum im deutschen Vaterlande, in dem gegenseitigen Bande des Vertrauens und der Treue zwischen Fürst und Volk suchen und finden."

Auch diese Amendements von Gneist sind dann wieder modifizirt worden. Schließlich hat die Commission den Adreßentwurf mit 17 gegen 5 Stimmen angenommen, die Minorität bestand diesmal aus den Abg. v. Diederichs, Rohden, Röpell (Danzig), Graf Schwerin und Senff. Präsident Grabow stimmte bei beiden Hauptabstimmungen mit der Majorität.

Zum Referenten wurde Abg. v. Unruh gewählt. Der Bericht soll mündlich erstattet werden; dabei ist die Einhaltung der dreitägigen Frist nicht nöthig. Die Plenarsitzung zur Beschlußfassung über diesen Entwurf ist übermorgen.

[In der Frage, ob die Regierung den Schluß der Session herbeiführen wird] und wann, ist Positives noch nicht bekannt; in Abgeordnetenkreisen ist man über die Absichten der Regierung am wenigsten unterrichtet. Nach sonstigen Nachrichten steht der Schluß der Session so bestimmt bevor, daß die Regierung es nicht mehr zu einer Beschlußfassung über den Adreßentwurf kommen lassen wird.

[Merkwürdiger Petitionsbericht des Herrenhauses.] Im Herrenhause ist morgen um 11 Uhr Sitzung; es soll da der ganze Rest der noch vorhandenen Commissionsberichte abgethan werden. Auf der T. O. steht unter andern der zweite Bericht der Petitionscomm., in welchem zwei Petitionen von allgemeinem Interesse besprochen und in sehr charakteristischer Weise befürwortet werden. Etwa 900 Petenten aus einigen 70 Ortschaften des Großherzogthums Posen wollen der Regierung danken für ihre Maßregeln zum Schutz der Landesgrenze; die Comm. schließt sich dem an; das Herrenhaus soll also der Regierung ausdrücklich danken „für die entschlossene und feste Haltung", womit sie dem Aufstande in Polen, durch alle Angriffe unbeirrt, gegenüber getreten sei. Aus dem Bericht geht hervor, daß der Ministerpräsident „umfassende vertrauliche Aufklärungen über den gegenwärtigen Zustand in der Provinz Posen und die Resultate der dort stattgehabten gerichtlichen Ermittelungen so wie über einige wesentliche Bestimmungen der zwischen Preußen und Rußland abgeschlossenen Convention" gemacht hat. Der Bericht ist vom gestrigen Tage datirt, doch ist nicht abzusehen, wann die eigentliche Berathung der Petition stattgefunden hat; es wäre das interessant, weil da-

mit ein neuer Beitrag zur Charakteristik des bekannten Worts vom „todten Buchstaben“ gegeben wäre. Die Petitionscommission des Herrenhauses ergeht sich natürlich in den höchsten Lobpreisungen über die Politik der Regierung und in heftiger Verurtheilung der dagegen lautgewordenen Angriffe. Wichtiger ist folgendendes Thatsächliche: „Nach den amtlichen und demnächst von andrer Seite bestätigten Versicherungen der Minister ist die Convention lediglich defensive. Natur;“ ferner: „die Convention ist ihrem Inhalte nach heute noch nicht veröffentlicht, allem Anschein nach beschränkt sie sich aber auf militärische Verabredungen, wodurch Grenzverletzungen und Beschädigungen preußischer Unterthanen verhütet worden sind, welche andern Falls unvermeidlich waren und an der österreichischen Grenze in Ermangelung solcher Verabredungen vielfach vorgekommen sind.“ — Die Commission hat zugleich die Gelegenheit benutzt, über den Rönne'schen Antrag wegen Ungiltigkeitserklärung der Cartellconvention von 1857 sich auszusprechen; sie sagt, derselbe sei gestellt „unbekümmert um Art. 48 der Verfassung und ohne Rücksicht auf die Grenzen der Befugnisse jenes Hauses; die Veranlassung zu diesen eben so maßlosen, wie unbegründeten Angriffen auf die Staatsregierung kann also nur in blindem Parteihaß und lebhaften Sympathien mit der Revolution gesucht werden.“ Referent über diese Petition ist Herr v. Waldow-Steinhöfel; man darf also morgen auf einige Merkwürdigkeiten gefaßt sein. — Eine andere Petition (von einem Gutsbesitzer Dibbelt auf Zeinicke in Pommern) will die Dauer des Landtags möglichst abkürzen, die Stellvertretungskosten von den Beamten selbst tragen lassen und die Diäten der Abgeordneten herabsetzen. Die Commission — Referent ist abermals Hr. v. Waldaw-Steinhöfel — will die Petition der Regierung überweisen, „unter ausdrücklicher Anerkennung des Rechts derselben, die Frage, ob die im Abgeordnetenhause sitzenden königl. Beamten die Kosten ihrer Stellvertretung selbst tragen sollen? definitiv, und diejenige, über die Gewährung der Reisegelder und Diäten an die Abgeordneten, bis zum Erlaß eines desfallsigen Gesetzes provisorisch zu entscheiden.“ In der Motivirung ist angeführt: „Die Diäten sind es, die dem Abgeordneten Hause seine gegenwärtige Physiognomie geben. Die meisten der gegenwärtigen Abgeordneten werden allein durch deren Zahlung in die Lage versetzt, ihre Stellung einzunehmen, und der Sitz im Abgeordnetenhause ist für manchen aus pekuniären Rücksichten wünschenswerth, dem jeder innere Beruf dazu abgeht. Erhielten die Abgeordneten keine Diäten, so würden als solche nur Besitzende, nach oben und, was mindestens eben so wichtig ist, nach unten unabhängige Männer erscheinen, die Steuern würden dann von Männern bewilligt, welche selbst davon betroffen werden.“ In den Stellvertretungskosten liegt nach Ansicht der Commission für die Beamten „ein sehr großer Reiz“, die Session zu verlängern. Diäten und Reisekosten sind zwar verfassungsmäßig, aber die Höhe soll durch ein Gesetz festgestellt werden; die Regierung hat eins vorgelegt, das Haus der Abgg. hat es abgelehnt, also — sagt der Bericht wörtlich — „also bleibt kein anderer Weg, als daß die Staatsregierung die erforderlichen Anordnungen provisorisch nach eigenem Ermessen trifft. Inwiefern sie sich unter diesen Umständen zu einer ferneren Zahlung von Reisekosten und Diäten an die Abgeordneten überall für berechtigt hält, kann nur ihrer eigenen Beurtheilung anheimgegeben werden. Ganz ähnlich wie die Frage über die Diäten der Abgg. liegt die Frage über die Civilehe. § 19 der Verfassung verheißt sie, und stellt ein Gesetz zu deren Einführung in Aussicht. Das verheißene Gesetz ist noch nicht erschienen, und die Civilehe existirt so lange nicht.“ Besprechen lassen sich solche staatsrechtliche Deductionen natürlich nicht; sie gehören einer Sphäre an, die von aller landesüblichen Logik und Rechtsanschauung um Jahrhunderte getrennt ist.

[Untersuchung gegen Ryno Quehl.] Wie der „K. Z.“ geschrieben wird, soll gegen den General-Consul in Kopenhagen, Dr. Ryno Quehl, aus Anlaß seines jüngst erschienenen Buches die Disciplinaruntersuchung eingeleitet und ihm zuvor die Weisung zugegangen sein, sich alsbald auf seinen Posten zu begeben.

[Preßprozesse.] Der Redacteur der „Berliner Allgemeinen Zeitung“, Dr. Julian Schmidt, war auf Grund eines Leitartikels in der genannten Zeitung, überschrieben: „Neue Maßregeln“, in welchem namentlich Anordnungen der Regierung in Betreff der Beamten, der Zeitungen und der Collecten für den Nationalfonds besprochen wurden, aus § 101 des Strafgesetzbuchs angeklagt und vom Stadtgericht zu 50 Thaler Geldbuße oder 4 Wochen Gefängniß verurtheilt worden. Der Angeklagte hatte gegen diese Entscheidung Appellation eingelegt; das Kammergericht hat indessen in seiner heutigen Sitzung das erste Erkenntniß lediglich bestätigt. — Die 4. Deputation des Kriminalgerichts verhandelte heute wiederum mehrere Preßprozesse. Gegen die Schriftstellerin Ludmilla Assing wurde wegen Majestätsbeleidigung, Beleidigungen von Beamten und Behörden bei verschlossenen Thüren verhandelt. Das Erkenntniß wurde ausgesetzt. — Ferner erschien vor Gericht der Redacteur der „Tribüne“, Hübner. Die „Tribüne“ vom 5. März dieses Jahres, enthielt einen Leitartikel unter der Ueberschrift: „Preußen und Polen.“ In diesem Artikel war von den gegenwärtigen Beziehungen der beiden Regierungen und namentlich von der Convention die Rede, es hieß u. A. darin, daß das ganze Volk Herrn v. Bismarck ein „Quosque tandem“ zuriefe. Die Anklage sagt, Herr v. Bismarck werde dadurch auf eine Stufe mit Catilina gestellt, und dies sei eine Beleidigung, da Catilina ein Staatsverbrecher war. Ferner hieß es in dem Artikel, daß der Kaiser Alexander den Polen wahrscheinlich liberale Concessionen machen werde, und daß dann unser „zu Polizeizwecken gemißbrauchtes“ Heer wieder seiner Wege gehen könne (nämlich aus der Provinz Posen). Hierin fand die Anklage eine Schmähung der obrigkeitlichen Anordnung der militärischen Besetzung der polnischen Grenze. Der Staatsanwalt Goltz bemerkte mit Bezug hierauf, daß jeder verständige Mensch einsehen müsse, daß die Grenzbesetzung angesichts der polnischen Ereignisse nothwendig sei, und daß die Regierung pflichtwidrig gehandelt haben würde, wenn sie die Grenze nicht hätte besetzen lassen. Der Gerichtshof sprach das Schuldig aus und verurtheilte den Angeklagten auf Grund der §§ 102 und 101 zu 50 Thlrn. Geldbuße oder 4 Wochen Gefängniß.

Posen, 19. Mai. [Politischer Prozeß.] Gestern sind 23 politisch verdächtige Personen, meist dem Adelstande unserer Provinz angehörig, von Gnesen hier eingeliefert und auf dem Festungskernwerke in für sie eingeräumte Amtslokalien untergebracht worden. Hier werden alle des Hochverraths Angeschuldigten ihre Untersuchungshaft absitzen, und zu größerer Bequemlichkeit wird nicht nur die Untersuchungs-Commission auf dem Kernwerk ihr Büreau einrichten, sondern auch die Staatsanwaltschaft wird ihr wahrscheinlich dahin folgen. Es heißt, daß die bisher in diesem Prozeß vernommenen polnischen Zeugen jede Auslassung ablehnen, weshalb ihnen mit Zwangshaft gedroht sei. (Pos. Ztg.)

[Preßprozesse.] Heute kamen zwei Anklagen gegen den verantwortlichen Redacteur unserer Zeitung vor den kleinen Assisen zur Verhandlung. Die eine wegen Beleidigung der hiesigen Lazarethbehörde, die andere wegen Beleidigung des Ministerpräsidenten von Bismarck. In Betreff der ersten Anklage erfolgte Freisprechung, in Betreff der zweiten mit Bezugnahme auf § 37 des Preßgesetzes die Verurtheilung des Angeklagten zu 20 Thlr. Geldstrafe. — Auch gegen den früheren verantwortlichen Redacteur des „Dziennik Poznanski“, Herrn Jagielski, wurde heut, und zwar wegen öffentlicher Beleidigung des Marquis Wielopolski verhandelt und derselbe mit Bezug auf § 37 des Preßgesetzes zu einer Geldbuße von 20 Thlrn. verurtheilt. (Ostd. Ztg.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 17. Mai. [Eine Vorlesung Lassalles.] In Folge einer von dem Arbeitertag zu Rödelheim an ihn ergangenen Einladung war heute Ferdinand Lassalle erschienen, um hier vor einer Versammlung der Arbeiterbildungsvereine des Maingaues seine bekannten Theorien des Weitern zu entwickeln. Schulze-Delitzsch, ebenfalls eingeladen, hatte auf Grund der Vorgänge in Berlin abgelehnt, zu kommen. Die Zahl der Anwesenden mochte 12—1400 betragen und waren die Arbeitervereine von hier, Offenbach, Hanau, Darmstadt, Mainz u. s. w. durch eine größere Anzahl ihrer Mitglieder vertreten. In Betracht der Wichtigkeit des Hauptgegenstandes der Tagesordnung wurde ein früherer Antrag bezüglich des Hazardspieles zurückgezogen und nachdem Leopold Sonnemann von hier der Versammlung die Einberufung eines freien, durch kein Programm gebundenen allgemeinen Arbeitertags auf den 7. Juni hier in Frankfurt mitgetheilt und seinen frühern Antrag über die von dem leipziger Comite ausgegangene Aufforderung zur Bildung eines deutschen Arbeitervereins auf Grund des Lassalle'schen Programmes wiederholt hatte, ertheilte der Vorsitzende, Dr. Louis Büchner aus Darmstadt, Ferd. Lassalle das Wort. Ueber seine Rede oder vielmehr seine Vorlesung — denn er las die Rede — nur soviel, daß er zur Unterstützung derselben eine ganze statistische und volkswirthschaftliche Bibliothek mitgebracht hatte. Seine wohl über eine Stunde dauernden statistischen Citate zum Nachweis der vorhandenen Armuth stellte die Geduld der Zuhörer auf eine Probe, der Viele nicht gewachsen waren, und es erfolgten bereits in der Mitte seines Vortrages Rufe auf Schluß, die endlich, nachdem er 4½ Stunde gelesen hatte, seinem ganzen Auftreten ein Ende bereiteten und zugleich den Schluß der Versammlung herbeiführten. Ein dreimaliges Hoch auf Schulze-Delitzsch war die kurze und sprechende Kritik seiner Ausführungen. Den Eindruck, den Lassalle hier gemacht, war ein sehr ungünstiger. Am Dinstag wird er im Kreise der kleinen Zahl seiner Anhänger die Vorlesung zu Ende bringen, während die Beschlußfassung auf 4 Wochen (7. Juni) vertagt wurde.

Breslau, 20. Mai. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Altbüsserstr. Nr. 6 ein Düffelrock von dunkler Farbe, mit schwarzem Tuch gefuttert, ein blauer leichter Sommerrock, mit Seide gefuttert, ein hellfarbener Frühjahrs-Rock, mit schwarzem Camlot gefuttert, ein schwarzer Tuchrock, mit Seide gefuttert, ein Paar neue, hell karrirte Sommerbeinkleider und ein Paar schwarze Tuchhosen; Reuschestraße Nr. 41 ein blauer Frauen-Stepprock mit grauem Futter und weißem Besatz, zwei Kinderröckchen, eine blau karrirte Züche und ein eiserner Topf; Bohrauerstraße Nr. 5 ein neuer Stuhl von Kirschbaumholz; Laurentiusplatz Nr. 1 eine silberne Ankeruhr mit Sekundenzeiger und goldner Kette, ein grün und blau karrirter wollener Frauenüberrock, ein bereits getragenes gemustertes wollenes Umschlagetuch, eine braun gestreifte Leinwandschürze, ein Paar neue Zeugschuhe und ein Paar Parchent-Frauenhosen; Ohlauerstraße Nr. 36 ein Frauenmantel von schwarzem Tuch, ein buntes und ein grau melirtes Frauenkleid.

Polizeilich mit Beschlag belegt: ein Portemonnaie mit 1 Thaler Inhalt.

Verloren wurden: ein kleiner schwarz und weiß karrirter Sonnenschirm mit weißseidenem Futter; eine schwarzseidene Cravatte mit goldenem Halter; ein im Monat März d. J. in Kosten auf den Handelsmann Meier Kantrowitsch aus Czempin ausgestellter Reisepaß; ein Fischbeinstock und ein Regenschirm.

Gefunden wurden: sechs Stück Schlüssel; sechs Stück theils schwarz und theils grün lackirte Tablets; 23 Thaler in Kassenanweisungen; zwei Gebund Bohnenstangen.

[Herrenloses Gut.] An die Polizeibehörde wurden eingeliefert: eine Quantität braune und lila Wolle; ein brauner und ein lilafarbener Strumpf; ein Päckchen chemisch präparirte Spardochte.

[Lebensrettung.] Am 16ten d. rettete der hiesige Tischlergeselle Ernst Busch einen Knaben vom Ertrinken in der Oder, in welche letzterer am sogen. Strauchwehr gestürzt war.

[Bettelei.] Im Laufe der verflossenen Woche sind hierorts 12 Personen durch Polizei-Beamte wegen Bettelns aufgegriffen und zur Haft gebracht worden. (Pol.-Bl.)

Breslau, 19. Mai. [Handwerker-Verein.] In der gestrigen Versammlung wurde die Besprechung der Frage über Beschickung des Arbeiter-Congresses zu Leipzig und über Lassalle fortgesetzt. Zunächst kam ein Schreiben des persönlich verhinderten Literaten C. Krause zur Verlesung, worin derselbe sich über die Frage aussprach und eine Resolution beantragte, welche neben einer Ehrenerklärung für den ungerecht verdächtigten Lassalle das Bedauern aussprach, daß dieser Streit jetzt angeregt worden, und nächst Vertheidigung der Schulze-Delitzschen Assoziation und Bedenken gegen einige Punkte der Lassalle'schen Ansichten, die ausdrückliche Anerkennung des allgem. Stimmrechts und der Staatshilfe durch einen darauf gegründeten humanen Staat enthielt. Gerade gegen diese Ideen wandte sich der nachfolgende Redner, Hr. Kaufmann Kopisch I. (als Gast), Lassalles Ideen als unklar, das allgemeine Stimmrecht als gefährlich, die Staatshilfe als unzureichend bezeichnend. Die Hrn. Knoblauch u. Mai erklärten sich für Lassalle, indeß Hr. Ingenieur Nippert, da die praktische Ausführbarkeit der Lassalleschen Ideen durch Beweise das Gegentheil bestritt; Hr. Köbner bezweifelte, daß das Stimmrecht, namentlich den ländlichen Arbeitern gegenüber, zur Verwirklichung der Lassalleschen Idee führen werde. Redacteur Th. Oelsner (nicht Elsner wie im letzten Bericht irrthümlich gedruckt ist) findet Staatshilfe und Association für unvereinbar, schon dem Begriff nach. Sattler Schmidt erklärt als Handwerker zu sprechen; die Pläne der Sozialisten haben sich in der Ausführung noch nie bewährt, er tritt ganz auf Schulze-Delitzsch's Seite, fordert vom Staat nur Freiheit des Erwerbs und ermahnt zur Einigkeit in der jetzigen Zeit; Hr. Niesel ergänzt dies und weist darauf hin, daß die Handwerker-Associationen lange nicht ausgedehnt genug angewendet würden. Es folgte hierauf der von mehreren Seiten beantragte und von der Mehrheit angenommene Schluß der Frage, und wurde diejenige, ob eine Resolution gefaßt werden solle? nach einiger Debatte abgelehnt, weil der Handwerkerverein nur ein Bildungsverein sehr verschieden Gesinnter sei. Nach einer kurzen Ansprache des Vorsitzenden, daß Schulze-Delitzsch's Associationen sich bereits bewährt haben, aber Lassalles Ideen später eine klarere und ausführbare Gestalt gewinnen würden, und einigen Worten Schadow's (Mittheilung seiner telegraphischen Depesche und günstige Erklärung über Lassalles persönliche Absichten), die Verhandlung geschlossen. Auch wurde mitgetheilt, daß nächstens zur genauen Informirung der Mitglieder über die Schulze'schen Ideen mehrere Vorträge veranlaßt werden sollen.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 19. Mai 10 U. Ab.	329,33	+16,2	SO. 1.	Heiter.
20. Mai 6 U. Morg.	329,59	+9,8	N. 0.	Heiter.

Breslau, 20. Mai. [Wasserstand.] O.-P. 15 F. 5 Z. U.-P. 1 F. 3 Z.

Das 13. Stück der Gesetz-Sammlung, welches heute ausgegeben wird, enthält unter Nr. 5695 den Handelsvertrag zwischen Preußen und den übrigen Staates des deutschen Zoll- und Handelsvereins einerseits und der ottomanischen Pforte andererseits. Vom 20. März 1862, und unter Nr. 5696 den allerhöchsten Erlaß vom 30. März 1863, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von Sprottau über Hirtendorf und Reußenfeldau nach Freystadt an die Kreise Sprottau und Freystadt.

Berlin, 16. Mai. [Wochenbericht über Eisen, Kohlen und Metalle von J. Mamroth.] Unser Metall- und Eisenmarkt zeigte in dieser Woche eine vollständige Leblosigkeit. Niemand war zu Unternehmungen bei den bestehenden Verhältnissen geneigt und auch der Consum war äußerst schwach. — Roheisen ruhig, in Glasgow gaben Preise wiederum etwas nach, schottisches auf Lieferung 46 Sgr., loco 47½ Sgr., englisches 43 Sgr. pr. Ctr. In schlesischem Holzkohlen-Roheisen kamen Abschlüsse nicht zu Stande. — Stabeisen unverändert, gewalztes 3⅚—4 Thlr., geschmiedetes 4¾—5 Thlr., Staffordshire 5 Thlr. pr. Ctr. — Alte Eisenbahnschienen zum Verwalzen 1⅚ Thlr., zu Bauzwecken 2—3 Thlr. pr. Ctr. — Zinn still, Banca-Zinn 45 Thlr., englisches 40 bis 41 Thlr. pr. Ctr. — Blei fest, aber ohne nennenswerthe Umsätze, loco 7 Thlr., spanisches Rein und Co. 8 Thlr. bei Partien, 8⅙ Thlr. à Ctr. im Detail. — Zink geschäftslos, ab Breslau W. H. 5 Thlr. 11 Sgr., gewöhnliche Marken 5 Thlr. 7 Sgr. à Ctr. bei Partien von 500 Ctr. — Kupfer. Die für diese Woche erwartete Steigerung stellte sich nicht ein, jedoch war eine feste Stimmung im Allgemeinen vorherrschend. Der nur sehr spärliche Bedarf wurde leicht befriedigt. Notirungen: Paschkow 38 Thlr., Demidoff 36 Thlr., Advidaberg 34 Thlr., Capunda 33½ Thlr., Burra-Burra 33 Thlr., Mansfelder raffinirt 33½ Thlr., Selected 32 Thlr., ordinäre Marken 31 Thlr. à Ctr., im Detail durchschnittlich 1 Thlr. à Ctr. höher. — Kohlen ohne Geschäft, da Käufer englischer Kohlen nur zu herabgesetzten Preisen zum Abschluß geneigt waren. — Holzkohlen 19 Sgr. pr. Tonne.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 19. Mai, Nachm. 3 Uhr. Bei fast völliger Geschäftslosigkeit eröffnete die Rente in matter Stimmung zu 69, 35, fiel auf 69, 30 und wurde schließlich in etwas besserer Haltung zur Notiz gehandelt. Consols von Mittags 12 Uhr waren 92⅛ eingetroffen. Schluß-Course: 3proz. Rente 69, 45. Italien. 5proz. Rente 72, 15. Ital. neueste Anleihe 73, 10. 3proz. Spanier 51⅛. 1prz. Spanier —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 496, 25. Credit-mobilier-Aktien 1425, —. Lomb. Eisenbahn-Aktien 571, 25.

Wien, 19. Mai, Mitt. 12 Uhr 30 Min. Günstige Stimmung. 5proz. Metall. 76, 50 4½proz. Metall. 69, 10. 1854er Loose 95, 25. Bank-Aktien 798, —. Nordbahn 173, 30. National-Anleihe 81 10. Creditaktien 194, 50. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 215, — London 110, 50. Hamburg 82, 60 Paris 43, 80. Gold —, —. Silber —, —. Böhmische Westbahn 164, 50. Lombardische Eisenbahn 257, —. Neue Loose 133, 75 1860er Loose 99, —

Frankfurt a. M., 19 Mai, Nachm. 2 Uhr 30 M. Oesterr. Creditaktien etwas besser, sonst wenig verändert. Geschäft wenig belebt. Böhm. Westbahn 75. Finnländ. Anleihe 90¼. Schluß-Course: Ludwigshafen-Bexbach 142 B. Wiener Wechsel 106⅛. Darmstädter Bankaktien 234 Darmst. Zettelbank 255. 5proz. Metalliq. 66⅞. 4½proz. Metall. 60¼. 1854er Loose 85 B. Oesterr. National-Anleihe 71¼. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 229½. Oesterr. Bank-Antheile 841. Oesterr. Credit-Aktien 206⅛. Neueste österr. Anleihe 89⅞. Oesterreich. Elisabet-Bahn 134¼. Rhein-Nahe-Bahn 33⅛. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 127⅝ B.

Hamburg, 19. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 M. Oesterr. Effekten Anfangs mehr begehrt. Türkische Consols gesuchter 49½. Finnländ. Anleihe 89. — Schluß-Course: National-Anleihe 72¾ Oesterr Credit-Aktien 87¼. Vereinsbank 104. Norddeutsche Bank 106¼. Rheinische 101¾. Nordbahn 64⅝. Disconto 2⅛. Wien 84, 25. Petersburg 31⅛.

Hamburg, 19. Mai. [Getreidemarkt.] Weizen loco geringes Consum-Geschäft, ab auswärts bis auf geringe Sorten ruhiger. Roggen loco stille, ab Ostsee ziemlich unverändert, ab Danzig pr. Sept.-Okt. neuer zu 75½ erlassen. Oel pr. Mai 32⅛, pr. Oktbr. matt 29½. Kaffee ruhig.

Berliner Börse vom 19. Mai 1863.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	
Freiw. Staats-Anl.	4½	101⅛ G
Staats-Anl. von 1859	5	106 bz
dito 1850, 52	4	98¾ bz.
dito 1854	4½	101½ bz
dito 1855	4½	101¼ bz
dito 1856	4½	101½ bz.
dito 1857	4½	101½ bz.
dito 1859	4½	101¾ bz.
dito 1853	4	98¾ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	90 bz.
Präm.-Anl. v. 1855	3½	128½ bz.
Berliner Stadt-Obl.	4½	103½ B.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	91⅝ bz.
Pommersche	3½	90¼ bz.
Posensche	4	103 G.
dito	3½	97¼ bz.
dito neue	4	96½ bz
Schlesische	3½	94⅝ G.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	99¾ bz.
Pommersche	4	99¾ bz
Posensche	4	97 bz
Preussische	4	99⅜ bz.
Westph. u. Rhein.	4	99¼ bz.
Sächsische	4	100 bz.
Schlesische	4	100⅛ bz.
Louisd'or 110 bz.		Oest. Bankn. 91⅛ bz.
Goldkronen 9. 7 G.		Poln. Bankn. — — —

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques	5	69 bz.
dito Nat.-Anl.	5	73¼ bz u. G.
dito Lott.-A. v. 60.	5	89⅞ u. 90 bz.
dito 54er Pr.-Anl.	4	87½ B.
dito Eisenb.-L.	—	81¼ B.
Russ. Engl. Anl. 1862.	5	92½ u. ⅜ bz.
dito 4½% Anl.	4½	91½ G.
dito Poln. Sch.-Obl.	4	80½ bz.
Poln. Pfdbr.	4	— — —
dito III. Em.	4	91½ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	91¼ B.
dito à 300 Fl.	5	92½ bz.
dito à 200 Fl.	—	23½ G
Kurhess. 40 Thlr.	—	58 G.
Baden. 35 Fl. Loose.	—	31¼ B.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	— — —
dito II.	4½	100¼ bz.
dito IV.	4½	100¼ B.
dito III. v. St. 3½ g.	3½	83¼ bz.
Cöln-Minden	4½	101 G.
dito II.	5	103¾ B.
dito	4	93¾ G.
dito III.	4	94¼ bz.
dito	4½	100⅝ bz.
dito IV.	4	93¼ B.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	92¾ bz.
dito III.	4½	97½ bz
Niederschl.-Märk.	4	98⅝ B.
dito conv.	4	98 G.
dito III.	4	— — —
dito IV.	4½	— — —
Niederschl. Zweigb.		— — —
Litt. C.	5	— — —
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	— — —
dito C. u. D.	4	97 G.
dito E.	3½	85 bz.
dito F.	4½	101 B
Oest.-Franz.	3	279½ bz.
Oest. südl. St.-B.	3	264½ bz. u. G.
Rhein. v. St. gar.	4½	101 bz.
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	100¾ B.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1861	1862	Zf.	
Aachen-Düsseld.	3½	3½	3½	94½ G.
Aachen-Mastrich	0	0	4	35¾ B.
Amsterd.-Rottd.	5 1/16	6	4	100½ bz.
Berg.-Märkische	6½	6½	4	107¼ bz.
Berlin-Anhalt	8¼	8½	4	148½ G.
Berlin-Hamburg	6	6¼	4	121½ G.
Berl.-Potsd.-Mg.	11	14	4	183¼ bz.
Berlin-Stettin	7 1/12	7 1/12	4	137¼ bz
Böhm. Westb.	—	—	5	74½, ⅝ u. ¾ bz.
Breslau-Freib.	6⅞	8	4	134¾ G.
Cöln-Minden	12¼	12⅝	3½	177¾ bz.
Cosel-Oderberg	0	½	4	64⅜ bz.
dito St.-Prior.	—	—	4½	94¼ bz.
dito dito	—	—	5	99⅜ bz.
Ludwigsh.-Bexb.	8	9	4	140 G.
Magd.-Halberst.	22½	25½	4	287 B
Magdb-Leipzig	17	17	4	— — —
Mgdb.-Wittenbg.	1⅙	1 1/12	4	67¾ B.
Mainz-Ludwigsh	7	7½	4	127⅜ bz.
Mecklenburger	2⅞	2½	4	71 bz.
Neisse-Brieger	3½	4⅓	4	94⅛ B.
Niedrschl.-Märk.	4	4	4	98¼ B.
Niedrschl. Zwgb.	1½	2 11/12	4	67¼ G.
Nord., Fr.-Wilh.	3	—	4	65 bz.
Oberschles. A.	7 1/12	10 11/12	3½	161½ G.
dito B.	7 1/12	10 11/12	3½	143 G.
dito C.	7 1/12	10 11/12	3½	161½ G.
Oestr. Fr. St.-B.	6 1/10	—	5	129½ G.
Oest. südl. St.-B.	8½	—	5	153 bz. u. B.
Oppeln-Tarn.	⅞	2½	4	66¾ bz.
Rheinische	5	—	4	102 bz.
dito Stamm-Pr.	5	—	4	107 G.
Rhein-Nahebahn	0	—	4	31½ bz.
Rhr. Crf. K. Gldb.	3 11/12	4½	3½	98 B.
Stargard-Posen	4	6	3½	108½ bz.
Thüringer	6⅜	7½	4	128½ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Preuss. Bank-A.	4 7/12	6 4/15	4½	126¼ bz.
Berl. Kassen-Ver.	5 11/12	5 11/12	4	117½ G.
Danziger Bank	6	6	4	104 G.
Königsberger „	5½	5½	4	101¼ B.
Posener „	5 11/12	5 11/12	4	97 B.
Magdeburger „	4 7/12	4 7/12	4	92 Klgkt. bz. u. G.
Braunschweiger	4	4	4	75½ etw. bz.
Weimar „	4	5	4	91 G.
Gothaer „	4½	5½	4	92 B
Geraer „	5¾	7½	4	97¾ etw. bz.
Thüringer „	2⅝	3	4	68½ etw. bz. u. G.
Hamb. Nordd. B.	5	6	4	105 B.
„ Vereins-B.	5 1/12	6 1/12	4	103¼ G.
Hannoversche „	4½	5	4	99 G.
Bremer „	5½	5	4	105¼ G.
Luxemburger „	10	10	4	106 B.
Darmst. Zettelb.	8½	9	4	101⅞ G.
Darmst. Credb. A.	5	6½	4	94½ bz.
Leipz. Credb. A.	3	—	4	86¼ etw. G.
Meininger „	6	7	4	97¾ B.
Coburger „	3	8	4	95 G.
Dessauer „	0	0	4	7¾ mehr bz.
Oesterreich. „	7¾	8½	5	88 a 87¾ etw. 88¼ bz.
Genfer „	2	—	4	57 bz. u. B.
Moldauer Lds.-B.	1 1/12	2 1/12	4	35¾ etw. bz. u. G.
Disc.-Com.-Ant.	6	7½	4	102¼ bz. u. G.
Berl. Hand.-Ges.	5	9	4	109½ bz.
Schl. Bank.-Ver.	6	6	4	101½ G.
Minerva	0	—	5	35½ G.
Fbr. v. Eisenbbdf.	5¼	—	5	104 bz u. G.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	k. S.	143⅛ bz.
dito 250 Fl.	2 M.	142⅜ bz.
Hamburg 300 Mk.	k. S.	151 bz
dito 300 Mk.	2 M.	150½ bz
London 1 Lst.	3 M.	6. 20¾ bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	79⅝ bz.
Wien 150 Fl.	8 T.	90⅞ bz.
dito 150 Fl.	2 M.	90⅛ bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	56 22 G.
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	99⅝ G.
dito 100 Thlr.	2 M.	99 5/12 G.
Frankfurt a. M. 100 Fl.	3 M.	56. 24 bz.
Petersburg 100 S.-R.	3 W.	101½ G.
dito 100 S.-R.	3 M.	100⅛ bz.
Warschau 90 S.-R.	8 T.	91½ bz.
Bremen 100 Thlr.	8 T.	110 bz.

Berlin, 19. Mai. Weizen loco 58—71 Thlr. nach Qualität, weißbunter poln. 68 Thlr. — Roggen loco 81—82pfd. 45⅝—½ Thlr. ab Kahn bez., schwimmend 1 Ladung 81—82pfd. 45¾ Thlr. bez., Mai und Frühjahr 45½—⅝—¼ Thlr. bez. und Gld., ½ Thlr. Br., Mai-Juni 45⅜—½—¼ Thlr. bez. und Gld., ½ Thlr. Br., Juni-Juli 45¾—⅞—⅝ Thlr. bez., Juli-Aug. 46—¼—⅛ Thlr. bez., Septbr.-Oktbr. 47—46⅞ Thlr. bez. — Gerste, große und kleine, 32—38 Thlr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 23—24½ Thlr., Lieferung pr. Frühjahr 23⅝—¼ Thlr. bez., Mai-Juni 23½—¼—⅜ Thlr. bez., Juni-Juli 23¾—⅝ Thlr. bez., Juli-Aug. 24½ Thlr. bez. — Erbsen, Kochwaare 45—50 Thlr., Futterwaare 42—45 Thlr. — Rüböl loco 15½ Thlr., Mai 15 5/12—¼ Thlr. bez., Mai-Juni 15 Thlr. bez. und Gld., Juni-Juli 14⅚ Thlr. Br., Juli-Aug. 14⅙ Thlr. Br., Septbr.-Oktbr. 13⅚—¾ Thlr. bez. — Leinöl loco 15⅔ Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 15 Thlr. bez., Mai und Mai-Juni 15 1/12—⅙ Thlr. bez. und Br., 15 Thlr. Gld., Juni-Juli 15 5/24—¼—⅙ Thlr. bez., Br. und Gld., Juli-Aug. 15½ Thlr. bez. und Br., 5/12 Thlr. Gld., August-Septbr. 15⅚—¾ Thlr. bez. und Br., ⅔ Thlr. Gld., Sept.-Oktbr. 16 1/12—16 Thlr. bez. und Br., 15 11/12 Thlr. Gld., Oktbr.-Novbr. 15 7/12 Thlr. Br., ½ Thlr. Gld.

Weizen still. Roggen in loco bei zahlreichen Offerten nur zu billigeren Preisen zu verwerthen. Termine blieben auch heute in matter Tendenz, eine kleine Festigkeit machte sich nur vorübergehend geltend und verschwand sofort, nachdem eine Kündigung von 21,000 Ctnrn. unerledigt blieb. Hafer flau. Gekündigt 4800 Ctnr. Für Rüböl fehlte jede besondere Anregung. Die Stimmung erschlaffte deswegen besonders für vordere Termine, so daß zu etwas billigeren Preisen anzukommen war. Spätere Lieferungen blieben ziemlich behauptet. Gekündigt 500 Ctnr. Spiritus wurde gleichfalls mehr angetragen und war nur niedriger zu verwerthen. Eine stärkere Kündigung von 100,000 Quart trug mit dazu bei, Verkäufer nachgiebiger zu machen.

Breslau, 20. Mai. Wind: Süd. Wetter: warm. Thermometer Früh 14° Wärme. Der heutige Markt zeigte schwache Kauflust, der Geschäftsverkehr blieb somit im Allgemeinen belanglos.

Weizen in vorherrschend matter Stimmung; pr. 85pfd. weißer 63—77 Sgr., gelber 63—74 Sgr., feinste Sorten über Notiz bez. — Roggen behauptet; pr. 84pfd. 49—53 Sgr. — Gerste beachtet; pr. 70pfd. weiße 40—41 Sgr., gelbe 36—39 Sgr. — Hafer preishaltend; pr. 50pfd. 26—27½ Sgr. — Erbsen, Wicken und Bohnen ohne Frage. — Oelsaaten ohne Angebot. — Schlaglein schwach gefragt. — Rapskuchen vernachläßigt; 48—51 Sgr. pr. Ctnr. — Futter-Lupinen 40—45 Sgr. — Saat-Lupinen 50—52 Sgr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen	64—72—77	Wicken	32—38—42
Gelber Weizen	62—68—74		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	49—50—53	Schlag-Leinsaat	180—190—200
Gerste	35—38—42	Winter-Raps	— — — —
Hafer	25—27—29	Winter-Rübsen	— — — —
Erbsen	42—48—52	Sommer-Rübsen	— — — —

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 18—22 Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco und Mai 15 5/12 Thlr. Br., Herbst 13⅚ Thlr. Br. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 14⅚ Thlr., Mai 14½ Thlr. Br., Sommermonate 14¾ Thlr.

Heute Abend 7½ Uhr starb an den Folgen eines Karbunkels im 78sten Lebensjahre unser innigst geliebter Vater, Schwiegervater und Großvater, der königliche Geheime Regierungs-Rath a. D., Director der Rentenbank für Schlesien, Fürstbischöfliche Ober-Consistorial-Rath Herr Dr. Johann **Koch**, Ritter des rothen Adler-Ordens zweiter Klasse mit Eichenlaub. Dies beehren wir uns hierdurch ganz ergebenst anzuzeigen. [5094]

Breslau, den 19. Mai 1863. **Die Hinterbliebenen.**

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.